



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Antifaschismus ist nicht verfassungsfeindlich, sondern dringend erforderlich

*Verwaltungsgericht Kassel bestätigt im Prozess um Silvia Gingold die Kriminalisierung und
Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“*

Das Verwaltungsgericht Kassel hat alle Anträge der Antifaschistin Silvia Gingold auf Löschung der über sie geführten Verfassungsschutzakte sowie auf Einstellung ihrer geheimdienstlichen Beobachtung abgelehnt. Die Tochter der verstorbenen Widerstandskämpfer und Kommunisten Etti und Peter Gingold hatte gegen das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz auf Beendigung ihrer fortgesetzten geheimdienstlichen Beobachtung und auf Vernichtung entsprechender Akten geklagt.

In der am 5. Oktober übermittelten Urteilsbegründung folgen die Richter jedoch in allen Punkten den ideologisch motivierten Positionen und Begründungen des hessischen Inlandsgeheimdienstes. Weil Silvia Gingold Reden gegen Berufsverbote, Neonazismus und Rassismus hält und in öffentlichen Veranstaltungen etwa der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BDA) oder der Linkspartei aus den Erinnerungen ihres Vaters liest, stehe sie zu Recht unter Beobachtung, behauptete das

Gericht.

Gingold selbst zeigte sich „fassungslos und empört“ darüber, dass das Gericht die Zulässigkeit ihrer Beobachtung im Urteil festgestellt und ihre Klage abgewiesen hat. „An keiner Stelle wird im Urteil gewürdigt, was mein Anwalt und ich im Verfahren dargelegt haben: Auf dem Hintergrund meiner Familiengeschichte habe ich die durch meine antifaschistische Grundhaltung geprägte Einstellung zum Grundgesetz ausgedrückt. Ich habe betont, dass mein bisheriges politischen Wirken darauf gerichtet war und ist, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen und alle gegen die Verfassung gerichteten rassistischen, ausländerfeindlichen und das Asylrecht in Frage stellenden Bestrebungen zu bekämpfen, wie es die Verfassung gebietet und wie ich dies als meine Pflicht ansehe“, stellte sie in einer ersten Reaktion auf den Urteilsspruch klar. „Angesichts des Umgangs mit dem Rechtsterrorismus und den NSU-Morden, deren Aufklärung der Inlandsgeheimdienst behindert, da er selbst darin zutiefst

verstrickt ist, empfinde ich das als Skandal“, so Gingold weiter.

Das Gericht habe den „selbst noch in den Berufsverboteverfahren der 70er Jahre von den Gerichten verfolgten Grundsatz der Einzelfallprüfung verlassen“, kritisierte Gingolds Rechtsanwalt Otto Jäckel. „Das, was jemand denkt, sagt oder tut, soll nach Auffassung des Gerichts keine Rolle spielen. Es soll nur darauf ankommen, ob es einer von dem Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften Organisation nützt“, monierte der Jurist.

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele forderte, das „Erbe des antifaschistischen Widerstandes entschlossen gegen die Schlapphüte, Schreibtischtäter und die politischen Scharfmacher in der Landes- und Bundespolitik zu verteidigen“. Die Solidarität der DKP gelte auch weiterhin den Opfern „der immer aggressiver werdenden staatlichen Repressions- und Diffamierungsstrategie gegen links“.

aus: UZ – Unsere Zeit vom 13.10.2017

DKP solidarisiert sich mit den Streikenden bei Amazon

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) solidarisiert sich mit den Streikenden bei Amazon und unterstützt ihre Forderungen: Für einen Tarifvertrag, für bessere Arbeitsbedingungen. Gegen Lohndumping durch Leiharbeit!

Es wird wieder gestreikt beim Online-Händler Amazon. Die Beschäftigten kämpfen für ihre Gesundheit, für erträgliche Arbeitsbedingungen und für einen Tarifvertrag.

Amazon ist der weltweit größte Online-Händler, agiert als Lohndrücker, nutzt in großem Umfang Leiharbeit und zahlt kaum Steuern. Gespräche mit ver.di, der Gewerkschaft der Amazon-Beschäftigten, lehnt das Management grundsätzlich ab.

Amazon hat sich auf den Weg gemacht, den Markt zu dominieren und Bedingungen zu diktieren. Das Vermögen von Amazon-Chef Jeff Bezos wird auf über 90 Milliarden Euro geschätzt, der Umsatz von Amazon lag 2016 bereits bei über 130 Mrd. Euro. Und der Konzern wächst schnell, will auch im Lebensmittel-Handel und als Möbelversand expandieren, bringt mit „Echo“ ein Gerät in die Wohnzimmer der Kunden, dass Daten direkt bei den Menschen zuhause sammelt.

Die Kolleginnen und Kollegen von ver.di haben es mit einem scheinbar übermächtigen Gegner zu tun. Ihre Aktionen zeugen von Kreativität und Ausdauer – sei es bei der Gewinnung neuer Gewerkschaftsmitglieder, bei

Streiks z.B. während des Weihnachtsgeschäft oder bei der internationale Vernetzung von amazon-Beschäftigten.

Den 13.000 Arbeitskräften, die Amazon nun kurzfristig und nur zum Weihnachtsgeschäft einstellen will, stehen nach Konzern-eigenen Angaben etwa gleich viele Festangestellte gegenüber (14.500). Das zeigt, wie schwierig es für die ver.di-Kolleginnen und -Kollegen ist, durch Streiks spürbaren wirtschaftlichen Druck auf Amazon auszuüben. Umso wichtiger ist es, ihren Kampf öffentlich zu machen.

aus: news.dkp.de

Friedensnobelpreis für ICAN

Die Internationale Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) erhält in diesem Jahr den Friedensnobelpreis. Damit weicht

das Nobelpreiskomitee von seiner Praxis der letzten Jahre ab, Kriegstreiber und Völkerrechtsverletzer auszuzeichnen.

Im Juli 2017 haben sich in den Vereinten Nationen 122 Staaten hinter diesem Ziel von ICAN versammelt und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. „Die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten können sich nicht länger verstecken, wenn der Rest der Welt nach Abrüstung und Ächtung ruft“, erklärt Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin bei ICAN Deutschland.

Die Bundesregierung hat die Verhandlungen zum Verbotsvertrag in diesem Jahr boykottiert. In Deutschland selbst sind etwa zwei Dutzend Atomwaffen stationiert, die nun für Milliarden modernisiert werden.

aus: UZ – Unsere Zeit vom 13.10.2017

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION



Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Lesung, Vortrag und Diskussion zum Buch von John Reed

7. November

19.00 Uhr

Restaurant „Walhalla“

Augartenstraße 27, KA-Südstadt



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de